

Die Benzin- und Heizölpreise haben schwindelerregende Höhen erreicht. In diesen Wochen und Monaten flatterten vielen Kolleginnen und Kollegen die Heizkostenabrechnung ins Haus. Nachforderungen zwischen 500 und 1000 Mark für eine Dreizimmerwohnung sind keineswegs die Ausnahme, sondern die Regel. Zudem haben die ungeheuren Ölpreiserhöhungen zu einem beschleunigten allgemeinen Preisauftrieb geführt. Die multinationalen Ölkonzerne machen Milliarden Gewinne und jede Preiserhöhung läßt ihre Profite weiter nach oben schnellen. Die Bonner Regierung kassiert Milliarden aus der Mineralölsteuer und jede Erhöhung des Ölpreises läßt in Bonn die Kassen klingeln. Für die große Masse der Arbeiterhaushalte und darüber hinaus der gesamten werktätigen Bevölkerung aber sind die durch die Ölpreiserhöhung hervorgerufenen extremen finanziellen Belastungen kaum noch zu verkraften.

Die Bundesregierung wäscht ihre Hände ebenso in Unschuld wie die Bosse der Ölkonzerne. Schuld ist die Energiekrise. Schuld ist die Ölnapheite. Schuld sind die in der OPEC zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Länder. Schuld sind vor allem die Völker des Iran, die durch die Revolution den Schah stürzten und die Öl-Multis aus dem Land warfen. Mit diesen Behauptungen wollen Regierung und Mineralölkonzerne verhindern, daß sich der Sturm der Empörung über die Ölpreiserhöhung gegen sie richtet.

Die Energiekrise — als Schreckgespenst ist sie in den Industrieländern der Welt allgegenwärtig. Offensichtlich ist die Energieversorgung bei uns wie in allen imperialistischen Ländern zu einem äußerst schwerwiegenden Problem geworden. Doch das Gerede von der Energiekrise stellt die Dinge auf den Kopf; denn Energie ist ausreichend vorhanden. Allein die westdeutschen Kohlevorkommen könnten unseren Energiebedarf für viele Jahrhunderte decken. Das ist unbestritten.

Es gibt ausreichend Energie und trotzdem wird die gesamte kapitalistische Welt von einer „Energiekrise“, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat, erschüttert.

Es gibt ausreichend Energie, aber die Arbeiterklasse und die Werktätigen sollen aufgrund des „Energieengels“ gezwungen werden, den Gürtel enger zu schnallen, weitere Einschränkungen und Entbehrungen hinzunehmen.

Es gibt ausreichend Energie und trotzdem sollen nach bürgerlichen Schätzungen wegen

Den Ölpreistreibern entschlossen entgegentreten, die Energieversorgung auf Kohlebasis sichern!

Erklärung des ZK der KPD/ML zur Energiepolitik

„Energieengels“ weltweit Millionen Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Es gibt ausreichend Energie, aber „Energieengels“ ist der Grund dafür, daß die Menschheit dem unkalkulierbaren Risiko und der tödlichen Gefahr der Kernenergie ausgesetzt wird.

Es gibt ausreichend Energie, aber „Energieengels“ wird nach Auffassung bürgerlicher Wissenschaftler dazu führen, daß in Zukunft nicht weniger, sondern immer mehr Menschen auf der Welt verhungern werden.

Es gibt ausreichend Energie, aber „Energieengels“ läßt bürgerliche Politiker 40 Jahre nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, der über 50 Millionen Tote kostete, von der realen Möglichkeit und eventuellen Notwendigkeit eines Krieges um das Öl sprechen.

Nicht die Natur, die ausreichende Energiereserven befreit, stellt unser Land wie die anderen kapitalistischen Länder vor das Problem des Energieengels, sondern das zügellose Profitstreben der Monopole.

Die Profitgier der Monopole und die Tatsache, daß der Bonner Staat sich als Handlanger der Monopole erwiesen hat, haben unser Land in die derzeitige weitgehende Abhängigkeit vom Erdöl und damit von den ausländischen multinationalen Erdölkonzernen gebracht. Um den Weg freizumachen für die Riesenprofite der Monopole mit dem Erdöl, wurde und wird der westdeutsche Steinkohlenbergbau, als hinderliche Konkurrenz zum großen Teil vernichtet. Damit wurden nicht nur bisher weit über 100.000 Arbeitsplätze vernichtet, sondern auch die einheimische, vom Ausland unabhängige Energiebasis unseres Landes wurde zerstört. Mit Prämien im Milliardenhöhe hat die Bundesregierung den Bergwerksgesellschaften die Schließung der Schachtanlagen vergoldet. Heute ist vollständig klar, daß dieser Schritt ausschließlich von dem Bestreben, die Monopolprofite zu steigern, und in keiner Weise von dem tatsächlichen Energiebedarf unseres Landes bestimmt wurde.

Der Kapitalismus erweist sich offenkundig als unfähig,

die vorhandenen Energiequellen zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs an Energie zu nutzen. Nicht weil es technisch unmöglich ist, sondern weil es dem Streben der Monopole nach höchsten Profiten widerspricht. Insofern ist die sogenannte Energiekrise Ausdruck und Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Sieben gigantische Konzerne kontrollieren weitgehend die Versorgung der westlichen kapitalistischen Staaten der Welt mit Erdöl und darüber hinaus einen Großteil ihrer gesamten Energiewirtschaft. Während die werktätigen Massen von Einschänkungen und Entbehrungen als Folge der angeblichen Ölnapheite betroffen sind, machen diese multinationalen Ölkonzerne unvorstellbare Profite, wie sie in der ganzen Geschichte des Kapitalismus noch nicht von einem Wirtschaftsunternehmen erzielt worden sind. Was könnte klarer den unüberbrückbaren Gegensatz dokumentieren zwischen dem kapitalistischen Privatgutem an den Produktionsmitteln auf der einen und den Lebensinteressen der Arbeiterklasse und der großen Mehrheit der Bevölkerung auf der anderen Seite?



Stilllegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Kernkraftwerke!

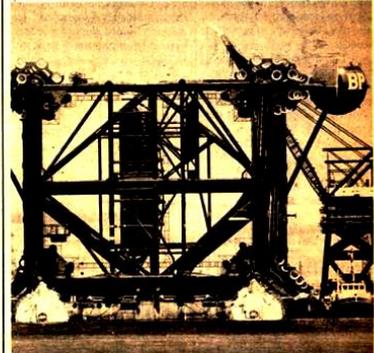
Die Riesenprofite der multinationalen Ölkonzerne, die Milliardenereinnahmen, die imperialistische Staaten wie die Bundesrepublik aus dem Geschäft mit dem Erdöl zogen und ziehen, entstammen nicht nur der Ausplünderung der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, sondern vor allem der jahrzehntelangen kolonialen und neokolonialen Ausbeutung der erdölproduzierenden Länder. Jahrzehntlang wurde den Völkern dieser Länder das Erdöl praktisch von den imperialistischen Monopolen gestohlen; denn die Preise, die die Ölkonzerne für das Erdöl zahlten, waren so lächerlich niedrig, daß sie allenfalls als Almosen bezeichnet werden konnten.

Die Zeiten aber haben sich geändert. Das koloniale und neokoloniale System des Weltimperialismus ist infolge der antimperialistischen Kämpfe der Völker in eine tiefe Krise

und zunehmenden Verfall geraten. Grundlage dieser Entwicklung sind die Kämpfe der Volksmassen der vom Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Länder. Aber die so entstandene Situation der Schwächung des Imperialismus nutzen auch die in ihrer Mehrzahl durch und durch reaktionären Staaten dieser Länder aus, um mit mehr Selbstbewußtsein ihre Eigeninteressen gegenüber den imperialistischen Staaten und Monopolen zu vertreten. Dafür sind die in der OPEC zusammengeschlossenen Staaten der erdölproduzierenden Länder ein Beispiel. Unabhängig vom Klassencharakter dieser Staaten ist die Haltung, den Reichtum dieser Länder den imperialistischen Monopolen zu verweigern. Dafür sind die in der OPEC zusammengeschlossenen Staaten der erdölproduzierenden Länder ein Beispiel. Unabhängig vom Klassencharakter dieser Staaten ist die Haltung, den Reichtum dieser Länder den imperialistischen Monopolen zu verweigern. Dafür sind die in der OPEC zusammengeschlossenen Staaten der erdölproduzierenden Länder ein Beispiel.

Deshalb tritt die KPD/ML entschieden der chauvinistischen Hetze gegen die erdölproduzierenden Länder entgegen. Die demagogische Hetze der Imperialisten gegen sogenannte Ölscheichs hat nichts mit dem gerechten Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen dieser Länder gegen ihre einheimischen Ausbeuter und Unterdrücker zu tun. Diese niederträchtige Propaganda-

liche Tatsachen belegen, daß die angebliche Ölverknappung planmäßig von den multinationalen Ölmonopolen mit Billigung und Unterstützung der imperialistischen Regierungen herbeigeführt wurde. Die wirtschaftlichen und politischen Absichten, die damit verfolgt



Schluß mit der Unterstützung der multinationalen Ölkonzerne durch die Bundesregierung! Rigorose Besteuerung der Profite der Öl-Multis!

werden, sind inzwischen deutlich zutage getreten:

- Die durch die künstliche Ölverknappung herbeigeführten Preissteigerungen lassen die Profite der Ölmultis und die Einnahmen der kapitalistischen Staaten gewaltig in die Höhe schnellen.
- Die multinationalen Ölkonzerne entziehen sich eines Großteils der lästigen Konkurrenz der sogenannten „freien Tankstellen“, was einer noch hemmungsloseren Preistreiberei der Monopole Tür und Tor öffnet.
- Die Energieindustrie und die bürgerlichen Regierungen versuchen, durch die künstlich herbeigeführte Ölverknappung eine Panikstimmung zu schaffen in der Hoffnung, die Atomenergieprogramme, die überall auf breiten Volkswiderstand gestoßen sind, leichter durchsetzen zu können.
- Die erdölproduzierenden Länder und die revolutionären Bestrebungen der Völker dieser Länder sollen den Volksmassen der kapitalistischen Länder durch die Panikmache mit der angeblichen Ölnapheite als feindlich und gegen sie gerichtet hingestellt werden. Wie einst Hitlers Lösung vom „Volk ohne Raum“ soll das Schreckgespenst vom „Volk ohne Öl“ eine positive Stimmung für eventuelle militärische Aktionen der Imperialisten gegen Erdöländer schaffen.

Vor diesem Hintergrund der sogenannten Energiekrise erklärt die KPD/ML:

1. Das Problem der „Energiekrise“ ist ein Problem des Kapitalismus, seiner fortschreitenden Krise, seiner absoluten Feindlichkeit gegenüber den Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, des rückwärtigen Profitsstrebens der Monopole. Die „Energiekrise“ kann darum nicht beseitigt werden, ohne den Kapitalismus und die Gesetze des kapitalistischen Profits zu beseitigen. Nur in einer sozialistischen Gesell-

schaft, in der nicht der kapitalistische Profit, sondern die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Werktätigen an oberster Stelle stehen, wird eine ausreichende Energieversorgung im Interesse des Volkes und nicht auf Kosten des Volkes verwirklicht werden können.

2. Um die Interessen der Arbeiter und Werktätigen zu wahren, um die nationalen Interessen unseres Volkes zu verteidigen, ist es heute, notwendig, entschlossen gegen die Bonner Energiepolitik zu kämpfen. Bonner Energiepolitik bedeutet:

- unser Land wird vollständig dem Würgegriff der multinationalen Ölkonzerne preis-

- gegeben;
- zig Milliarden an Steuer-geldern werden für ein Kernenergieprogramm verschwendet, das nicht nur wirtschaftlich unsinnig ist, sondern die Menschen unseres Landes größten Risiken und Gefahren aussetzt und deshalb mit bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsätzen gegen den Widerstand breiter Volksschichten durchgesetzt werden muß;
- Ruinierung des westdeutschen Steinkohlenbergbaus;
- Abwälzung aller Lasten über Preise und Steuern auf die Werktätigen.

Bonner Energiepolitik bedeutet: rücksichtslose Durchsetzung der Monopolinteressen. Notwendig ist es, eine grundsätzliche Wende in der Energiepolitik zu erkämpfen:

- Schluß mit der Unterstützung der multinationalen Ölkonzerne durch die Bundesregierung! Rigorose Besteuerung der Profite der Öl-Multis!
 - Stilllegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Kernkraftwerke!
 - Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis unter Ausschluss der Energie-Multis!
 - Wirksame Maßnahmen zur Erschließung anderer umweltfreundlicher und risikofreier Energiequellen!
3. Um den unmittelbaren Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen für die Werktätigen entgegen, fordern wir:
- Senkung des Steueranteils an den Benzin-, Diesel- und Heizölpreisen!
 - Erhöhung der Kilometerpauschale und Zahlung eines Heizkostenausgleichs!
 - Schluß mit der automatischen Erhöhung des Gaspreises aufgrund seiner Bindung an den Ölpreis! Einkoppelung von Gas- und Ölpreis!
 - Zahlung eines Lohnnachschlags durch die Unternehmer zum Ausgleich für die durch die Ölpreislawine ausgelöste allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten!



Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis unter Ausschluss der Energie-Multis! Wirksame Maßnahmen zur Erschließung anderer umweltfreundlicher und risikofreier Energiequellen!